

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 14.06.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:54 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron zu TOP 1, 2 & 4.

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer bis 18:23 Uhr.

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Paul Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt bis TOP 4.

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Helmuth Caesar zu TOP 1 & 2.

Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann

Frau Claudia Kohler zu TOP 1 & 2.

Herr Helmut Ott

Frau Birgit Pedoth zu TOP 1 & 2.

Herr Michael Schaumann

Herr Uwe Schubert zu TOP 6.

Frau Regina Stöckle ab TOP 2 bis TOP 4.

Gast

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Abwesend:

CDU

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Gründung einer Aspen GmbH
- 2** Projektabschluss "Zukunftsfeste Personalplanung 2030"
- 3** Abdeckung des Verlustvortrags zum 31.12.2021, Übernahme des Jahresverlustes 2021 sowie Ausgleich weiterer offener Forderungen der Touristik und Marketing GmbH
- 4** Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2023/2024
- 5** Gebührenanpassung Städtische Musikschule auf 1. September 2023
- 6** Einführung Digitalfunk im Ostalbkreis bei der Feuerwehr Schwäbisch Gmünd
- 7** Bekanntgaben
 - 7.1** Relegationsspiel Normannia
- 8** Anfragen
 - 8.1** Feuerwehr
 - 8.2** Sportstättenplan
 - 8.3** Klinik
 - 8.4** Gartenschau light
 - 8.5** Hallenbad
 - 8.6** Wohnen an der Stadtmauer
 - 8.7** TSB-Areal

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Gründung einer Aspen GmbH
Vorlage: 121/2023

Protokoll:

Herr Groll führt in den Sachverhalt ein.

Herr Koch präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man sich kräftiger aufstellen müsse.

Stadtrat Baumhauer/CDU bedankt sich für den Vortag. Die GmbH sei die einzig denkbare und vernünftige Organisationsform, es sei auf Anregung von Stadtrat Bläse in die Wege geleitet worden. Die Dinge, die man sich vorstelle, sollen auch dort angesiedelt werden. Der Aufsichtsrat müsse verschwiegen sein, dies funktioniere in einem kleinen Gremium besser als bei einem Gemeinderat mit 52 Mitgliedern. Die Verschwiegenheit sei auch künftig wichtig, auch, dass es nicht an die Fraktion weitergegeben werde. Es benötige nicht nur Schnelligkeit, sondern auch Fachwissen. Jeder, der Aufsichtsrat werde, müsse sich einarbeiten. Dies könne vom Gemeinderat nicht gewährleistet werden. Daher stehe man ganz hinter der Vorlage.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung. Man habe hier sehr Großes vor. Man erwarte etwas Zukunftsweisendes im Gebiet und müsse professionell agieren. Die Idee mit der Projektgesellschaft sei eindeutig die richtige. Man müsse Professionalität nach außen zeigen und dies sei durch die Gesellschaft gewährleistet. Der Aufsichtsrat hätte eine andere Arbeitsweise. Die Zusammenkunft müsse in hoher Frequenz erfolgen, es erfordere ein hohes zeitliches, aber auch fachliches Engagement. Über Wesentliches solle nicht der Aufsichtsrat, sondern der Gemeinderat entscheiden. Man müsse nochmals darüber diskutieren, welche Kompetenzen vorhanden sein sollen. Er gehe davon aus, dass es nicht ganz ohne zusätzliches Personal gehe. Wichtig sei auch eine gewisse Agilität. Es bedeute eine Fleißarbeit für die Vertreter des Gemeinderats im Aufsichtsrat. Er erkundigt sich, inwiefern der Gesellschaftszweck ausgestaltet werde.

Herr Bantel antwortet, dass es ein Auftrag an die Verwaltung sei. Das Regierungspräsidium sei als Rechtsaufsicht mit im Boot.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass die Schaffung von zukunftsorientierten Arbeitsplätzen oberste Priorität hätte. Man müsse vorankommen, der Transformationsprozess müsse gelingen. Man müsse schauen, dass man in Zukunft besser aufgestellt sei. Man müsse etwas tun, die Frage sei nur was. Man sehe die Vorteile einer GmbH, aber die Anstalt des öffentlichen Rechts sei auch eine Möglichkeit. Wichtig: Im Ge-

meinderat habe man die Kriterien für die Vergabe von Flächen bestimmt. Sie frage sich, ob man diese noch kontrollieren könne, wenn man eine Beteiligungsgesellschaft gründe. Sie frage sich, ob es nicht sinnvoll wäre, eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu formulieren. Hier habe man auch bei den Kliniken Erfahrung. Man könne hier Weisungen geben. Es sei eine schnelle Möglichkeit, zu reagieren oder ein höheres Ansehen zu generieren. Aber man müsse schauen, dass man die Entscheidungshoheit des Gemeinderats für die Flächen behalte. Der Gesellschaftsvertrag müsse entsprechend gestaltet werden, sie sei sich nicht sicher, ob man das bei der Eigengesellschaft hinbekomme.

Herr Koch verneint dies.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass für sie dann nur die Anstalt des öffentlichen Rechts in Frage komme. Man müsse schauen, dass man die Vermarktung erfolgreich gestalte. Man müsse nochmals darüber diskutieren. Die Entscheidungshoheit des Gemeinderats bei der Vermarktung der Flächen müsse beibehalten werden.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man es jetzt diskutieren müsse. Sein Ansinnen sei nach außen gegangen. Er müsse nach außen agil sein, das sei mit einer GmbH gewährleistet. Auch in eine andere Sprache sei eine GmbH besser zu übersetzen. Man müsse es festlegen und schauen, wie man zusammenwirke. Die GmbH sei für ihn ein Schnellboot nach außen, das wolle man auch haben.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, inwieweit man dann in der Lage sei, gesellschaftliche Verträge abzuschließen zwischen Gemeinderat und GmbH?

Herr Koch antwortet, dass man die Freiheiten nochmals prüfen müsse. Die Anstalt des öffentlichen Rechts liege immer im Bereich des öffentlichen Rechts, sodass immer der Haushalt und auch der Gemeinderat vorhanden sei. Bei einer GmbH sei man flexibler. Die Rechtsform einer GmbH sei mit der Privatwirtschaft auf Augenhöhe. Die Anstalt des öffentlichen Rechts sei weniger flexibler und eine starrere Form. Man werde über zwei bis vier Personen reden, die für die GmbH tätig seien, damit diese arbeitsfähig sei. Die GmbH sei weiterhin bei der Stadt angesiedelt.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man es in den letzten Monaten immer mit dem internationalen Raum zu tun gehabt habe. Der Gemeinderat werde immer das letzte Wort haben, nicht die Gesellschaft.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass die Grundstücke laut der Vorlage an die Gesellschaft veräußert werden sollen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es dann so regeln müsse, dass dies nicht der Fall sei. Man werde dies nochmals prüfen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass er keine abschließende Stellungnahme abgeben könne, er schließe sich jedoch Stadträtin Heusel an. Man habe immer gesagt, der Gemeinderat definiere, was passieren solle und gewährleiste, dass die zukunftsweisen Technologien Priorität hätten. Daher sei es wichtig, dass der Gemeinderat mindestens das letzte Wort hätte. Es müsse regelmäßig in den Gemeinderat gespiegelt werden. Viel werde auch über das vertragliche noch geregelt werden. Es müsse ge-

währleistet sein, dass der Gemeinderat und auch der Ortschaftsrat bei Aspen die Entscheidungen treffen würden. Der Ortschaftsrat Bargau habe sich bisher hinter Aspen gestellt. Auf Seite 4 der Vorlage werde das Auftreten der Verwaltung nach außen als nicht so förderlich dargestellt. Die Verwaltung habe sehr gute Arbeit geleistet und das Projekt entsprechend begleitet. Hier brauche man sich nicht schlechtreden, man könne selbstbewusster auftreten.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für das Lob. Je länger man sich damit beschäftige, desto mehr schränke es die Wirtschaftsförderung bei anderen Aufgaben ein. Beim Grundstücksverkauf an die GmbH falle Grunderwerbssteuer an, dies wäre nicht klug.

Herr Koch antwortet, dass es ein Erbpachtmodell werden solle.

Herr Groll führt aus, dass alle Grundstücke, die im Besitz der Stadt seien, auch weiterhin durch den Gemeinderat verkauft werden. Ansonsten würde man zweimal Grunderwerbssteuer zu zahlen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, wer die Geschäftsführung übernehme und was man an Personal und finanziellen Mitteln zu erwarten hätte.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies detailliert aufarbeiten müsse.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass sie die souveräne Entscheidungsfindung des Gemeinderats in Gefahr sehe. Wenn der Aufsichtsrat ähnlich besetzt sei wie der der Stadtwerke, dann sei ein Fünftel des Gemeinderats ausgeschlossen. Kompetente Bürger seien ebenfalls nicht vertreten. Sie erkundigt sich, was mit dem Transformationsrat sei. Dieser habe immer nichtöffentlich getagt, hier seien immer kompetente Personen vorhanden gewesen. Sie sei sich nicht schlüssig, ob die GmbH der richtige Weg sei, zumal es auch nicht zum Nulltarif sei.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen möchte zunächst Rücksprache mit der Fraktion halten.

Stadtrat Majohr/FDP/FW hat den Eindruck, dass der Schwerpunkt beim Projekt auf der Organisation und der rechtlichen Seite liege. Jedoch müsse die technische Seite in den Mittelpunkt gestellt werden. Es gebe einen hohen Verbrauch von Strom durch die Heranführung, die Speicherung und den Verbrauch beim Elektrolyseur. Dies gehöre von fachlich kompetenten Leuten beantwortet.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass es um die Wahl des „Fahrzeugs“ gehe, mit dem man fahren wolle. Man müsse schnell sein, gleich ankommen und den direkten Weg nehmen können. Bei allen Abwägungen sei die GmbH die beste Form. Man müsse jedoch immer rückkoppeln, wo man sei. Dem Gemeinderat blieben weiterhin viele grundsätzliche Dinge, z.B. die Vergabe der Grundstücke. Wenn man ein kompliziertes Fahrzeug nehme, habe man nicht diese Schlagkraft.

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass man mit Aspen aufgebrochen sei, um neue Technologien zu schaffen. In letzter Zeit sei man bei der Ansiedlung nicht erfolgreich gewesen, hier müsse man etwas ändern. Die GmbH würde er vorziehen, weil es der direk-

te und schnellere Weg sei. Man brauche ein direktes Netzwerk und auch entsprechendes Personal. Die Größe des Gremiums entspreche der Wichtigkeit der Entscheidungen.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass man den Beschlussantrag ergänzen wolle. Man wolle den Kämmerer sowie den Ersten Bürgermeister als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden noch mit in das Gremium aufnehmen, damit man immer handlungsfähig sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 2 **Projektabschluss "Zukunftsbeste Personalplanung 2030"** **Vorlage: 112/2023**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein. Man habe es gemeinsam mit dem Personalrat auf den Weg gebracht.

Herr Ott betont, dass es ein wichtiges Anliegen für die zukünftige Personalplanung und –entwicklung sei.

Herr Fischer-Dahl präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man offen damit umgehen müsse, die Personalvertretung habe sich ebenfalls sehr eingebracht.

Stadtrat Christian Krieg/CDU führt aus, dass er begeistert gewesen sei, als er die Vorlage gelesen habe. Es zeige, wie viel Arbeit darin stecke. Er komme von einer großen Gesellschaft, hier gebe es einen jährlichen Personalbericht. Er sehe den Bericht als Start, um sich auf den Weg zu machen. Die Empfehlungen seien spannend, man müsse weit in die Tiefe gehen. Die Work-Life-Balance sei wichtig, daher auch Homeoffice und andere Benefits. Die Stellenausschreibungen der Stadt würden sich zum Teil wiederholen, dies zeige, dass wenig bis keine Bewerbungen eingehen würden. Die beste Werbung sei die persönliche Empfehlung. Es gebe Programme, bei denen Mitarbeiter den Arbeitgeber weiterempfehlen. Er erkundigt sich, ob es solche Programme auch bei der Stadt gebe. Außerdem sei die Frage, für was die Stadt stehe. Die Arbeitgebermarke sei sehr wichtig. Auch in den Bewertungsportalen müsse sich dies widerspiegeln. Dreh- und Angelpunkt sei die Mitarbeiterbefragung. Es gebe nichts Besseres als die Mitarbeiter nach ihrer Meinung zu fragen und Handlungen davon abzuleiten. Man könne sich dann auch mit anderen Kommunen vergleichen. Er erkundigt sich, ob man so etwas einführen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man Mitarbeitergespräche habe. Ihm gehe es um die Daten. Man sehe auch, dass es im Erziehungsbereich nicht ausreiche. Ein Jour Fixe müsse in dem Bereich eingeführt werden. Eine Pro-Kopf-Prämie habe man noch nicht eingeführt. Die Arbeitgebermarke sei nicht der Profit, sondern die Gemeinschaft und das Vertrauen. Viele, die zur Stadt kommen würden, würden nicht kommen, weil man bei der Stadt reich werde, sondern aus anderen Gründen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen findet es spannend, er fühle sich gut informiert. Es sei ein neuer Ansatz. Die Herausforderungen seien sehr groß. Die Stadt als eine der größten Arbeitgeberinnen in Schwäbisch Gmünd hätte auch eine Verpflichtung. Der Gemeinderat sei nicht der Personalmanager, das müsse die Stadt selbst machen. Man erwarte aber als Gemeinderat, dass eine Zufriedenheit und Effizienz herrsche. Dass dies vorhanden sei, sei gut. Man müsse weitere Schritte gehen. Die Erziehungsberufe, aber auch die technischen Berufe seien eine Herausforderung. Die IT/Digitalisierung in der Verwaltung bringe auch einige Herausforderungen mit sich. Man brauche keine große Menge, aber auch dort brauche man eine Steigerung. Die Digitalisierung bringe Arbeitseffizienz, aber es müsse auch betreut werden. Es sei nicht nur die Hardware, sondern es müssten vor allem die Leute sein. Die Wechselquote beim Arbeitgeber sei relativ gering. Es sei genau das, was man wolle. Ein Punkt, der ihm als Arbeitnehmer durch den Kopf gehe sei, ob man das Potential aus dem Bereich Migration anheben könne. Ein Arbeitgeber allein sei meistens nicht in der Lage, den Aufwand, der damit verbunden wäre, zu erfüllen. Er erkundigt sich nach Migrationsprojekten für kommunale Arbeitgeber.

Herr Ott äußert, dass man vor einigen Jahren den Migrationshintergrund erhoben habe. Die Zahlen damals seien doppelt so hoch gewesen wie die Zahlen, die man aus Industrie kenne. Man brauche sich nicht verstecken und arbeite sehr intensiv mit dem Welcomecenter, dem Ausländeramt und den Institutionen zusammen. Man biete Praktika und 520 Euro-Jobs an. Zentral sei, dass zunächst die Sprachkenntnis passen müsse. Aktuell habe sich ein Architekt aus der Ukraine beworben, bei dem die Sprachkenntnisse momentan noch zu wenig ausgeprägt seien.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grüne äußert, dass es Einzelfälle seien, diese würden jedoch dann nicht weiterkommen wenn man sie ablehne.

Herr Fischer-Dahl antwortet, dass es vor allem in Pflege- und Erziehungsberufen eine wichtige Rolle spiele. Stuttgart habe eine dreistellige Zahl an Erziehern mit Schwerpunkt Südosteuropa eingestellt. Es sei sehr teuer, die durchschnittlichen Akquisekosten würden sich auf 55.000 Euro belaufen. Beim Sprachproblem könne man etwas vorschlagen, beispielsweise biete die Stiftung Haus Lindenhof ein FSJ an, im Anschluss daran könne eine Ausbildung erfolgen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man bereits eine Vereinbarung mit der Stiftung Haus Lindenhof habe, die FSJler würden auch an den Schulen eingesetzt werden.

Herr Fischer-Dahl betont, dass auch das Ehrenamt sehr wichtig sei. Auf der einen Seite sei das Arbeiten wichtig, auf der andere aber auch das Ankommen. Dies gehe nicht ohne Unterstützung. Außerdem sei Schwäbisch Gmünd unterdurchschnittlich bei der Wechselquote. Diese steige jedoch, je mehr Angebote es gebe. Man müsse

daher eine Mitarbeiterbefragung sowie ein Exit-Gespräch machen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD findet es gut, dass die Verwaltung es angehe. Es reiche nicht aus, das ausscheidende Personal zu ersetzen, sondern man brauche in manchen Bereichen mehr. Daher müsse ein deutlicher Fokus daraufgelegt werden, den Mitarbeiter zu halten. Man solle Fortbildungen und Weiterbildungen im Rahmen der Beschäftigung zu machen. Außerdem müsse man die Karriereplanung deutlicher in den Fokus rücken, sodass Mitarbeiter auch im Beruf weiterkommen würden. Man müsse in die Tiefe gehen. Man müsse den Fokus auch auf die Betriebskita setzen, da man in Konkurrenz zu anderen Unternehmen stehe. Die Mobilitätszulage zum 49-Euro-Ticket sei gut, vielleicht könne man hier in Zukunft weiter ausbauen. Man sei auf einem guten Weg.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen bezüglich des Zustandes der Gebäude. Außerdem erkundigt er sich, welche flexiblen Arbeitszeitmodelle es gebe und wie der aktuelle Stand bei der Betriebskita sei. Außerdem möchte er wissen, wie die Verwaltung in den nächsten Jahren bezüglich des Ausscheidens vorgehen wollen. Er erkundigt sich, ob eine Prioritätenliste vorhanden sei. Außerdem möchte er wissen, ob es Verwaltungen mit einer 4-Tage-Woche gebe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass das Thema mit den Gebäuden auch eine Frage der Haushaltsdebatte sei. Man sei sich dem Thema bewusst. Man werde das Thema flexible Arbeitszeiten mit dem Personalrat besprechen. Ebenso wolle man das Homeoffice erhöhen, da es ein wichtiges Recruiting-Instrument sei.

Frau Kohler führt aus, dass man grundsätzlich jedes Arbeitszeitmodell anbiete. In manchen Bereichen sei man jedoch gebunden.

Herr Fischer-Dahl äußert, dass die Gemeinde Wedel eine 4-Tage-Woche habe. Dies sei jedoch keine „richtige“ 4-Tage-Woche, da die Wochenarbeitszeit nur anders verteilt werde.

Oberbürgermeister Arnold fragt sich, wie das funktionieren solle, da man die Dienstleitungen für die Bürger anbieten müsse.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich für den Bericht. Wichtig finde sie die weichen Standortfaktoren wie z.B. den Zuschuss für das Deutschlandticket. Es gebe auch andere Dinge für junge Arbeitnehmer, beispielsweise im Freizeitbereich, die man finanziell unterstützen solle.

Herr Ott antwortet, dass man bereits weitere Dinge bezuschusse. Unter anderem gewähre man ein zinsfreies Darlehen für ein Fahrrad. Man denke über weitere Maßnahmen nach.

Stadtrat Majohr/FDP/FW hätte sich den Punkt „Anwerbung/Anpassungsqualifizierung für Zugewandte“ gewünscht. Es gebe benachteiligte Gruppen, die die deutsche Sprache sprechen und dennoch keine Chance hätten.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man am Thema dranbleiben werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Abdeckung des Verlustvortrags zum 31.12.2021, Übernahme des Jahresverlustes 2021 sowie Ausgleich weiterer offener Forderungen der Touristik und Marketing GmbH
Vorlage: 116/2023

Protokoll:

Herr Bantel führt in den Sachverhalt ein und führt aus, dass sich die Zahlen des Beschlussvorschlags geändert hätten: Unter Ziffer 3 seien bisher 298.911,81 Euro vorgesehen, beschlossen werden sollten 158.165,02 Euro. Außerdem solle bei Ziffer 4 statt 577.157,01 Euro ein Betrag in Höhe von 436.410,22 Euro beschlossen werden.

Stadtrat Barth/CDU führt aus, dass es sowieso „linke Tasche, rechte Tasche sei“. Man müsse es ausgleichen und stimme daher zu.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen signalisiert ebenfalls Zustimmung. Im Aufsichtsrat habe man es beraten. Man dürfe die T&M nicht dafür nutzen, die Dinge zu finanzieren, die die Stadt selbst nicht könne. Die Ausrichtung der T&M zu prüfen, sei der richtige Weg gewesen. Auch bei der geplanten Gartenschau müsse dies klar sein, diese müsse im Haushalt abgebildet sein.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass die T&M eine hervorragende und wichtige Arbeit in der Stadt mache und das auch gut so sei. Das wolle man auch weiterhin auskömmlich finanzieren. Sie sehe jedoch einige Schwierigkeiten: Zum einen sei die Vorlage sehr komplex, die Nachzahlungen seien schwierig. Dies bestätige auch ihre Ausführungen in Bezug auf Aspen. Man werde als Gremium erst hinzugezogen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen sei und Nachzahlungen anstehen würden. Es sei schwierig, im Nachhinein Dingen nicht zuzustimmen. Man habe im Gremium im Nachhinein keine Chance, „Nein“ zu sagen.

Herr Herrmann äußert, dass es ein wesentlicher Punkt sei, die anstehenden Dinge mit dem Gesellschafter zu klären. Wichtig sei, dass nicht der Eindruck entstehe, dass ein Defizit entstanden sei, das nicht nachvollziehbar sei. Der Frostschaden sei ein zusätzliches Defizit, dieses habe man im Detail belegt. Man finanziere keine zusätzlichen Dinge. Diese Dinge seien bereits nachvollziehbar geplant gewesen. Nach so einer langen Zeit sei es aber sicherlich schwer nachzuvollziehen, aber man müsse es klären. Künftig werde man darauf achten, dass man Verluste nicht mehr vortrage, sondern direkt ausgleiche.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass die T&M gute Arbeit leiste und man froh sei, dass man diese habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: T&M, 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2023/2024
Vorlage: 120/2023**

Protokoll:

Stadtrat Christian Krieg/CDU äußert, dass die Entwicklung gut sei, man sei eine kinderfreundliche Stadt. Das Defizit werde von 12 Mio. auf 15 Mio. Euro und in den nächsten Jahren auf 19 Mio. Euro ansteigen.

Herr Arnholdt führt aus, dass das Land den Weg gewählt habe, in die Qualität zu investieren. Dies werde man auch umsetzen.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man sich eine kostenfreie Kita wünschen würde. Dies sei aber Thema der Bundes- oder Landespolitik.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass sich die Fraktion schwertue. Eine Erhöhung um bis zu 50 Euro pro Monat sei schwer für junge Familien zu stemmen. Über Wohngeld könne man Einiges ausgleichen. Es sei aber nicht das Ziel, die Menschen zum Landkreis zu schicken. Es müsse deutlicher werden, dass die Finanzierung der Erziehung keine individuelle, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass man seit Jahren darauf hinweise, dass man eine nach Einkommen gestaffelte Gebührenordnung einführen solle. Es würde die arbeitende Bevölkerung belasten, dies halte man für problematisch. Man sehe das Land in der Pflicht zu reagieren und sich dieser Aufgabe zu stellen. Er erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem aktuellen Stand der Wohngeldanträge.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man nicht weit auseinander sei, man habe eine Vor-Ort-Begehung in der Kita Kunterbunt gemacht und die Eltern über das Wohngeld-Plus informiert. Man nutze jede Möglichkeit zu informieren. Auch er würde die Kitas kostenfrei machen. Aber das helfe nicht weiter, wenn man sage, dass das Land in der Pflicht sei. Man könne es sich nicht leisten. Zum Antragsstau beim Wohngeld äußert er, dass es, wenn alle Dokumente da seien, zwei bis drei Monate bis zur Bewilligung benötige. Oft fehle etwas, dann dauere es fünf bis sechs Monate. Das Wohngeld- Plus sei in der Berechnung sehr aufwendig.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste findet, dass 8,5 Prozent eine sehr saftige Erhöhung seien. Wenn man eine hohe Inflationsrate sowie steigende Energiekosten zugrunde lege, sei es schwierig zu vermitteln. Man müsse es in der Fraktion noch besprechen. Sie erkundigt sich, ob es beim Wohngeld auch für Eigentum entsprechende Lastenausgleichszahlungen gebe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Berechnung beim Wohneigentum anders sei, es gebe aber auch hier einen Wohngeldanspruch. Bei der Berechnung müsse man immer den Einzelfall betrachten. Es fahre niemand schlechter, wenn er Eigentum statt Miete habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt: 50

zu 5 Gebührenanpassung Städtische Musikschule auf 1. September 2023
Vorlage: 058/2023

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, ob man für die Vergünstigungen einen Einkommensnachweis vorlegen müsse.

Herr Gramm antwortet, dass beim Vorliegen einer Familienkarte die Ermäßigung greife. Außerdem gebe es auch bei Geschwisterkindern Ermäßigungen. Zudem komme Bildung und Teilhabe noch hinzu.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass für die nächste Neuberechnung auch eine Erhöhung der Honorare vorgesehen werden solle.

Stadtrat Kaiser/CDU findet es schade, dass man erhöhen müsse, aber es müsse sein. Er weist außerdem darauf hin, dass diejenigen, die Unterricht an der Musikschule hätten und in einem Verein spielen würden, über den Stadtverband Musik und Gesang gefördert werden würden. Er weist außerdem darauf hin, dass in der Vorlage bei der Darstellung etwas verrutscht sei. Er signalisiert Zustimmung.

Stadträtin Heusel/SPD bedankt sich für die Arbeit. Sie erkundigt sich, wie hoch der Kostendeckungsgrad für die Musikschule sei.

Herr Gramm antwortet, dass die Eltern knapp 50 Prozent der Kosten decken würden. Das Land erstatte 12,5 Prozent der pädagogischen Personalkosten, den übrigen Anteil trage die Stadt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 45
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Einführung Digitalfunk im Ostalbkreis bei der Feuerwehr Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 109/2023**

Protokoll:

Herr Schubert stellt den Sachverhalt vor.

Stadtrat Christian Krieg/CDU findet es richtig und wichtig. Das Digitalnetz sei im Jahr 2000 gestartet, 2006 hätte es funktionieren sollen, 2007 habe man ein Bundesamt gegründet und 2023 könne man bestellen. Dies zeige den Stellenwert, den Bund und Land dem Bevölkerungsschutz einräumen. Er erkundigt sich außerdem, ob man neue Fahrzeuge gleich mit der neuen Technik ausrüste.

Herr Schubert bejaht dies.

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, ob es überall funktioniere, auch wenn zwei Systeme parallel eingesetzt werden würden.

Herr Schubert antwortet, dass es funktioniere.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Auftragsvergabe zur Einführung des Digitalfunk zum Preis von 246.299,75 € an die Firma KTF SELECTRIC wird zugestimmt.
2. Zur Finanzierung der Maßnahme wird der Ansatz 2022 bei der Investitionsnummer 1260E-0004 (FFW Innenstadt Einführung Digitalfunk) in Höhe von 150.000,00 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs. 1 GemHVO in das Jahr 2023 übertragen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30, 20
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Bekanntgaben

zu 7.1 Relegationsspiel Normannia

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass das Relegationsspiel Normannia gegen Lahr am 17.06.2023 um 15:30 Uhr stattfinden werde.

zu 8 Anfragen

zu 8.1 Feuerwehr

Protokoll:

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich nach der Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans, nach dem aktuellen Stand der Planungen zur Feuerwehr in der Innenstadt, nach den Sirenen sowie der Starlink-Anbindung. Außerdem möchte er wissen, wann die große Stabsübung stattfinden werde, ob es Abschleppmöglichkeiten für brennende E-Autos gebe und was bei einem Brand eines PV-Speichers passiere.

Herr Hägele antwortet, dass die Sirenen in Auftrag gegeben worden seien. Der Verwaltungsstab werde aktuell für den Krisenfall geschult. Der Blaulichttag finde am 24.09.2023 statt, man sei derzeit in Abstimmung mit den anderen Blaulichtorganisationen.

Herr Schubert führt aus, dass die Starlink-Anbindung sehr einfach anzuwenden sei. Für brennende E-Autos habe man eine Mulde mit einer Einhängeplane beschafft, es funktioniere wie eine große Badewanne. Das brennende Fahrzeug werde mit einem Kran in die Mulde gehoben und es werde gewartet, bis es nicht mehr brenne. Zu einem brennenden Batteriespeicher habe man bisher keine Erfahrungen, da es eine neue Technik sei. In der Erstphase müsse man löschen, dann den Speicher ausbauen und heraustragen und ebenfalls in eine Mulde legen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 8.2 Sportstättenplan

Protokoll:

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich nach dem Sportstättenplan.

Herr Ott antwortet, dass dies in der kommenden Woche in der Sitzung des KUEBAS auf der Tagesordnung stehe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 67

zu 8.3 Klinik

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, wie es nun beim Thema Kliniken weitergehe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass das Defizit ständig wachse. Es werde einen Zielplan mit Eckwerten geben, auf diesen warte man.

zu 8.4 Gartenschau light

Protokoll:

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, ob man die Gartenschau light im Jahr 2024 noch verfolge. Es seien noch sechs Wochen bis zur Sommerpause. Sie erkundigt sich, wann man damit ins Gremium kommen werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Vieles im Rahmen des Innenstadtprogramms umgesetzt werden würde. Davon hätten viele Sachen den Charakter einer Gartenschau light, beispielsweise die Begrünung der Bocksgasse. Das, was darüber

hinausgehe, erarbeite man derzeit.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 13
nachrichtlich an Amt:

zu 8.5 Hallenbad

Protokoll:

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Thema Hallenbad.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man am Thema dran sei, man werde demnächst damit ins Gremium kommen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 8.6 Wohnen an der Stadtmauer

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, ob es etwas Neues zum Projekt „Wohnen an der Stadtmauer“ gebe.

Herr Hackner antwortet, dass man in Gesprächen sei. Die Architekten seien an der Ausschreibung dran. Es sei nichts Negatives bekannt, die Situation aktuell sei aber sehr schwer.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 8.7 TSB-Areal**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich nach dem aktuellen Stand beim TSB-Areal. Es gehe nicht weiter.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass alle Wohnbauprojekte derzeit schwierig seien. Alles, was noch gebaut werde, sei vor längerer Zeit beschlossen worden. Der bezahlbare Wohnraum werde in der kommenden Woche ein Thema sein. Er hoffe, dass es keine rein akademische Diskussion werde. Der bezahlbare Wohnraum mache nur dann Sinn, wenn auch neuer Wohnraum entstehe. Wenn dies nicht geschehe, verknappe sich der Wohnraum und dann steige der Mietpreis. Dann werde es schwierig für manche Familien.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: